III.
Leibniztag

Festveranstaltung
am 29. Juni 2001
im Konzerthaus Berlin am Gendarmenmarkt

Begrüßungsansprache des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon

Herr Bundestagspräsident Thierse,
meine Damen und Herren!

Zugleich im Namen der Mitglieder und der Mitarbeiter der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften begrüße ich Sie am Leibniztag des Jahres 2001 zur Festveranstaltung der Akademie.
Im Jahre 1700 hat Gottfried Wilhelm Leibniz diese Akademie gegründet, von der wir kraft einer Anstrengung des Geistes, die bekanntlich alles möglich macht, und einer Erinnerungspolitik, die auswählt, was des Erinnerns wert ist, behaupten, daß es immer noch dieselbe sei.
Wir befinden uns demgemäß im ersten Jahr unseres vierten Säkulums. Nicht anders als der nachdenkliche Bürger in der Neujahrsnacht, der sich für die kommende Zeit allerlei Besserungen, Enthaltsamkeiten, Rücksichten und Fleiß gelobt, hat sich die Akademie vieles in bezug auf ihr Dasein und ihr Sosein vorgenommen. Auch die Festveranstaltung wurde von dieser Reformbewegung erfaßt, so daß Sie heute in die, gewiß auch riskante, Gunst einer Premiere gelangen. Ich habe nicht die Absicht, diese Premiere in allen Einzelheiten zu rechtfertigen. Aber einige Hinweise möchte ich Ihnen geben.
Wir haben beschlossen, uns der Last der Grußworte zu entledigen und sie nur noch in großen Abständen auf uns zu nehmen und sie zu genießen, vielleicht wenn der Akademiepräsident wechselt oder die Dezennien oder auch die Jahrhunderte. Unser Hauptmotiv ist Mitleid. Mitleid mit den vielen, vorwiegend politischen Funktionären aus Stadt, Land und Bund, die höflich und gefaßt etwas vorlesen müssen, das sie weder selbst verfaßt noch selbst gedacht haben, im nicht seltenen Fall auch während ihrer Rede nicht denken, und gelegentlich erstmals und zuweilen mit gelinder Überraschung lesen. Mitleid mit dem Publikum, das dies alles weiß, die Ansprache mit dem kaum jemals belangvollen Vermerk „Es gilt das gesprochene Wort“ längst überflogen hat und sich andächtig langweilt. Mitleid mit uns selbst schließlich, die wir gern bei dieser Gelegenheit etwas ganz Neues, Wegweisendes und Prophetisches, etwas Grundsätzliches und Programmatisches hören würden, aber nicht hören, sei es, weil es schon bekannt und vielfach verkündet ist, sei es, weil es politisch noch nicht ausgehandelt wurde.

Deshalb haben wir beschlossen, die Grußworte in einen Vortrag zu überführen und in ihm aufgehen zu lassen, in einen nichtwissenschaftlichen Vortrag, was ja nicht heißt, daß es ein unwissenschaftlicher sein müßte, und zugleich den alten wissenschaftlichen Festvortrag in die insoweit öffentliche wissenschaftliche Sitzung der Akademie am Vorabend des Leibniztages zu verlegen – ein Experiment, durch das uns gestern abend Jürgen Trabant, der Sekretar der Geisteswissenschaftlichen Klasse, glücklich und brillant geführt hat.
Den „Vortrag neuer Art" wollen wir künftig einer herausragenden Persönlichkeit anvertrauen, einem homo politicus und philosophicus, einem Bürger und Demokraten, einem im Volke Herrschenden mithin, sei es, daß er in einem Amte regiert oder vielleicht nur bewaffnet ist mit den Mitteln des Verstandes und des Charakters – am besten aber mit allem.
Und so ist es uns eine besondere Freude, daß wir Wolfgang Thierse gewinnen konnten, den zweiten Mann im Staate und den ersten, wie er selbst sagt, „gesamtdeutschen Ossi", den Kulturwissenschaftler, Politiker und Intellektuellen. Herr Thierse, ich begrüße Sie herzlich. Wir freuen uns, daß Sie uns durch Ihre Anwesenheit auszeichnen.

Nach einigen vorläufigen Versuchen in den letzten Jahren haben wir das musikalische Rankenwerk endgültig gestrichen, was weder gegen die Musik im allgemeinen gerichtet ist, noch im besonderen gegen die zahllosen Violinen, Oboen und Fagotte, gegen die weißen und schwarzen Blusen, die ersten und zweiten Sätze, allegro oder andante. Wir fanden, wir sollten den Beiläufigkeiten abschwören, der Herabwürdigung der Kunst zum Dekor, gerade gut genug, um der Wissenschaft den Weg zu bereiten. Wenn überhaupt Kunst, dann soll sie, wie es ihr gebührt und wie sie es früher tat, als Können mit dem Wissen Hand in Hand gehen, einen eigenen Platz besetzen, nicht den Reden das Geleit geben, sondern selbst reden, nicht am Rande trippeln, sondern ihren Auftritt haben.
Deswegen veranstalten wir nach dem Vortrag von Herrn Thierse den Abschnitt Jazz und Prosa, Prosa und Jazz. Hermann Beil, der Dramaturg, Schauspieler, Mitarbeiter am Berliner Ensemble und Mitglied der Akademie der Künste, dem in der Einladung leider ungerecht ein „n" im Vornamen entzogen wurde, liest Thomas Bernhard, dem mit gleicher Ungerechtigkeit vom selben Täter ein Dental zuviel im Nachnamen zugeteilt wurde. Rolf von Nordenskjöld, in der Einladung verblüffend richtig geschrieben, akademieerprobter Musiker und Musiklehrer, mischt sich mit der unter seiner Leitung stehenden Metropolitan Jazzband ein, auf daß im Zusammenwirken des Gegensätzlichen Neues zustande komme.
Wir werden daran festhalten, die Helmholtz-Medaille, die wir alle zwei Jahre für wissenschaftliche Meriten vergeben, und die Leibnizmedaille, mit der wissen-

schaftspolitische Lebensleistungen jährlich gewürdigt werden, in der Festveranstaltung am Leibniztag zu verleihen. Unsere neuen Mitglieder werden wir, wie gestern so auch in Zukunft, in der wissenschaftlichen Sitzung begrüßen und die verschiedenen wissenschaftlichen Preise, die die Akademie vergeben kann, werden ebenfalls dort ihre angemessene Heimstatt finden.

Wenn also heute die Leibnizmedaille an Reimar Lüst verliehen ist, Reimar Lüst, der erfreulicherweise unter uns weilen kann und den herzlich zu begrüßen ich mich schon jetzt beeile – wenn diese feierlichen Minuten vorbei sind, trennt Sie nur noch der pflichtschuldige Rechenschaftsbericht des Präsidenten vom mittäglichen Empfang im soeben erst fast fertiggestellten neuen Plenarsaal der Akademie am Gendarmenmarkt gleich gegenüber. Wenn Sie, wie ich hoffe, aus diesem Bericht den Eindruck mitnehmen sollten, daß Ihre Steuergelder von uns nicht verschwendet wurden, werden Sie sicher leichten Herzens der hier noch einmal an alle gerichteten Einladung Folge leisten.

Im vorigen Jahr haben wir unser 300jähriges Jubiläum gefeiert. Demgegenüber ist das dreihundertunderste Jahr des Bestehens der Akademie ein schlappes Datum, an dem es eigentlich nur für den etwas zu feiern gibt, der prinzipiell keiner Möglichkeit zum Feiern aus dem Wege geht.

Die Berliner haben in diesen Wochen reichlich Gelegenheit, sich mit dieser Haltung anzufreunden. Vorige Woche hat die Max-Planck-Gesellschaft hier ihre 52. Hauptversammlung abgehalten, diese Woche feiert die Akademie der Wissenschaften den Leibniztag und nächste Woche kommt die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu ihrer Jahreshauptversammlung nach Berlin.

Die Berliner haben allerdings auch reichlich Grund zum Feiern, vor allem wenn sie, wie die wissenschaftspolitisch Engagierten, einerseits in der Wissenschaft stehen und andererseits den in dieser Stadt tobenden, politischen Wirbeln ausgesetzt sind. Denn diese einsamen Kämpferinnen und Kämpfer haben sich inzwischen längst mit jenem Spruch angefreundet, den sich gegen Ende des ersten Weltkriegs angeblich die Österreicher gegenüber den Preußen verdient haben, den Preußen, die auch angesichts einer verlorenen Partie nie bereit waren, mehr zuzugeben als den Ernst der Situation, wogegen die Österreicher – viel sympathischer – die Lage für hoffnungslos, aber für nicht ernst erklärten.

Also ist Feiern das Gebot der Stunde und diesem folgend begrüße ich aufs herzlichste Josef Lange, den großartigen Fachmann für alle wissenschaftstechnischen und wissenschaftspolitischen Fragen der Republik, lang bewährt im Wissenschaftsrat, ausgiebig gestählt in den Kämpfen der Hochschulrektorenkonferenz, kurzfristig Staatssekretär bei zwei unbeständigen Verwaltern des Senatorenamtes für Wissenschaft und Kunst, jetzt verwaist und verstoßen zugunsten von Niemand – eine wahrhaft seigneurale Geste wissenschaftspolitischer Weisheit.

Die Akademie hat Ihnen, lieber Herr Lange, für mancherlei Unterstützung und vielerlei guten Rat zu danken, sie wünscht Ihnen für Ihre nächste Aufgabe, wem auch immer von den drängenden Werbern Sie den Zuschlag geben mögen, alles Gute.
Alles Gute wünscht die Akademie natürlich auch allen, die sich heute hier im Saale befinden und uns durch Ihre Anwesenheit ehren. Ich hoffe, Sie haben einen im Rahmen des Möglichen genußvollen akademischen Vormittag.

Herr Thierse, Sie haben das Wort!

Unordentliche Gedanken zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft

Festvortrag von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Professor Simon hat mich auf angenehme Weise entlastet. Ich brauche und soll keinen wissenschaftlichen Vortrag halten. Er hat dann aber allerdings ein paar Girlanden geflochten, die mich wieder unter Druck setzen. Vor diesem Auftritt haben wir miteinander gesprochen. Professor Simon sagte da schon, ich solle auf keinen Fall über Wissenschaft sprechen, sondern quer durch die Politik eine „Tour d' Horizon" vornehmen. Ich will das auch versuchen und beginne mit einer Beobachtung. In den letzten Wochen – ich bin ja Betroffener – las ich besonders viel über den Bedeutungsverlust des Parlaments. Viele Beobachtungen scheinen diesen Eindruck zu bestätigen. Nun bin ich der Meinung, daß das nichts ganz Neues ist. Es gibt krisenhafte Situationen der Politik, des Politischen, die viel tiefer gehen, als das, was am Parlament kritisch beobachtet wird. Ich nenne das die Wahrnehmung einer sich verschärfenden Diskrepanz zwischen dem Tempo und der Reichweite ökonomischer Prozesse und Entscheidungen einerseits und dem Tempo und der Reichweite politischer Institutionen und Entscheidungen und Prozesse andererseits.
Um das – ich soll ja nicht wissenschaftlich reden – wenigstens mit einem Schlaglicht zu belegen, erinnere ich an einen Vorgang, an dem wir alle als Zuschauer teilgenommen haben, nämlich die Schlacht vor eineinhalb Jahren etwa, um die Fusion von Vodafone und Mannesmann. Auf der Vorderbühne gab es die Anzeigenschlacht, die ihrerseits sehr teuer war und viele Millionen kostete. An der konnten wir Anteil nehmen. Und auf der Hinterbühne, unseren Blicken verborgen, fand die eigentliche Titanenschlacht zwischen dem Management dieser beiden großen Konzerne statt. Und wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war diese Schlacht innerhalb von Wochen, von wenigen Monaten geschlagen, die Entscheidung getroffen. Es ging um das Schicksal von mehreren Zehntausend Menschen und um viele Milliarden Bilanzsumme. So schnell könnten ökonomische Prozesse und vor allem Entscheidungen ablaufen. Damit verglichen, agiert demokratische Politik sehr mühselig. Seit Jahren haben wir uns befaßt mit den großen Themen Steuerreform, Gesundheitsreform, Rentenreform usw. In quälend langen Prozessen kommt Demokratie nur mühselig voran mit ihren Entscheidungen.

Diese Wahrnehmung einer sich verschärfenden Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Tempi des Ökonomischen und des Politischen erzeugt eine zunehmende Ungeduld gegenüber der Politik. Es kommt hinzu, daß mit dem, was wir schlagwortartig Globalisierung nennen, ja auch die Wahrnehmung einer in den letzten Jahren dramatisch zugenommenen Dominanz des Ökonomischen verbunden ist. Wenn ich noch daran erinnern darf, ohne es ausführlich zu erläutern, daß wir ja in einer Zeit eines geradezu heftig beschleunigten technologischen und wissenschaftlichen Fortschritts leben, dann wird immer deutlicher, daß der Politik ihre Langsamkeit und ihre nationale Begrenztheit zum Nachteil gereichen, jedenfalls in der Wahrnehmung der Bürger.

Das ist es, was ich das Krisenproblem des Politischen nenne. Denn der nach wie vor überwiegend national ausgerichteten Politik fehlt es bislang in vielen Bereichen noch an erfolgreichen, bewährten, internationalen Instrumenten, um die Chancen der Globalisierung zu nutzen und ihren Gefahren wirksam entgegentreten zu können. Das ist aber dringend notwendig – gerade in jenen Fällen, in denen die rücksichtslose Verfolgung von Eigeninteressen aus dem Fehlen internationaler Regelungen Kapital schlägt. Es ist ja eine hübsche Pointe, daß ausgerechnet der Börsenspekulant Georg Soros in einem Buch genüßlich berichtet, wie er zusammen mit wenigen anderen die Asienkrise auslöste. Es spielt keine Rolle, ob er dabei übertreibt. Diese Krise brachte verschiedene Volkswirtschaften an den Rand des Zusammenbruchs. Sie ließ eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Betriebe bankrott gehen, zahllose Handwerker ihre Arbeitsplätze, Bauern ihre meist geringen Ersparnisse verlieren. Wenige rücksichtslose Spekulanten erzielten dagegen immense Gewinne. Soros empfiehlt in seinem Buch indirekt selbst, die Politik solle seinesgleichen das Handwerk legen, weil sonst eines Tages die Weltwirtschaft in Trümmern liegen könnte. Eine dramatische Aufforderung. Dieser Rat ist auch, wenn er fast zynisch erscheinen mag, ernst zu nehmen: Um den problematischen Folgen der Globalisierung wirksam entgegentreten zu können, sind internationale Regelungen notwendig. Und es gehört mit zu den Pointen, die mich als Politiker immer erfreuen, wenn einer der großen Apostel der Deregulierung, Herr Henkel – ich habe das gerade gelesen – nach mehr internationalen Regeln verlangt. Was doch heißt, nicht *De*regulierung ist die einfache Parole, sondern *Re*regulierung, vernünftige Regeln, weil alte offensichtlich nicht mehr ausreichend funktionieren.

Das Ziel einer – um ein großes Wort von früher zu verwenden – ‚Weltinnenpolitik' mag zwar auch heute noch idealistisch-utopisch klingen, aber, wird man bescheiden fragen können, wer hat vor fünfzig Jahren geglaubt, daß aus Montanunion und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft einmal die Europäische Union mit einer gemeinsamen Währung und der Verpflichtung auf parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft werden würde. Insofern

kann die Europäische Union ein Modell für die Gestaltung regionaler und globaler Probleme werden. Die Entwicklung der Europäischen Union zu einem wirklichen politischen Gestaltungsraum – sie ist es ja bisher erst zu einem Teil – könnte eine Antwort sein auf die vorhin beschriebene Diskrepanz. Es geht um die Entwicklung eines Gestaltungsraumes, der wieder in die Nähe der Handlungsspielräume des Ökonomischen käme.

Wegweisende Versuche, den Primat der Politik zurückzugewinnen, hat es im übrigen auch über Europa hinaus im vergangenen Jahrzehnt genug gegeben: die Umweltkonferenz zur Nachhaltigkeit 1992 in Rio, den Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen oder die Pekinger Weltfrauenkonferenz im gleichen Jahr mitsamt ihren jeweiligen Nachfolgekonferenzen. Aber auch an die inzwischen regelmäßig stattfindenden G-7- und G-8-Gipfel und den Berliner Reformgipfel 2000 mit Regierungschefs und Staatspräsidenten aus vier Kontinenten sei hier erinnert. Diese Ansätze zu einer neuen Internationalisierung der Politik gilt es fortzuentwickeln, so mühselig das auch erscheinen mag.

Es stellt sich allerdings immer wieder neu die Frage: Was soll geschehen, solange der Aufbau international abgestimmter Politik noch im Gange, noch unvollendet ist? Das Beispiel der Umsetzung bzw. im Falle der USA Nichtumsetzung des Kyoto-Abkommens zum Schutze der Bio-Atmosphäre verdeutlicht, wie leicht notwendiges internationales Handeln durch egoistische nationalstaatliche Interessen blockiert werden kann. Und nur unverbesserliche Optimisten werden glauben, daß sich daran kurzfristig Grundlegendes ändern wird. Das ist übrigens ein interessantes Beispiel für die wirkliche Mühsal von Politik. Wie viele Jahre ist an der Vorbereitung des Kyoto-Gipfels gearbeitet worden. In wie vielen unendlichen Sitzungen haben Wissenschaftler, Politiker, Fachleute zusammengewirkt, um dies zustande zu bringen. Und dann reicht es, daß ein Regierungswechsel im wichtigsten Land der Erde stattfindet, man Rücksicht nehmen muß auf bestimmte wirtschaftliche Interessen, und alle Mühsal scheint vergebens. Das darf nicht sein. Ich hoffe jedenfalls, daß in Bonn in diesem Sommer nicht alles beerdigt wird, sondern daß man unbeirrt weiterfährt in dem, was man im Kyoto-Protokoll vereinbart hat.

Wie kann, meine Damen und Herren, das bestehende Handlungsvakuum gefüllt, die Notwendigkeit international abgestimmter Politik in den einzelnen Nationalstaaten und Regionen unseres Globus verstärkt bewußt gemacht werden? Ich glaube, daß hier die Wissenschaft eine Rolle spielen kann – schließlich ist die Wissenschaft neben der Wirtschaft längst zum ‚global player' geworden; viel mehr als die Politik. Ohne den Fortschritt im Bereich der Telekommunikation zum Beispiel gäbe es die weltwirtschaftlichen Verflechtungen im heutigen Ausmaß gar nicht. Wie für die Wirtschaft haben allerdings auch für die Wissenschaft die Globalisierungstendenzen gewiß Licht und Schatten. Den Möglichkeiten

weltweiter Wissenschaftskommunikation und -kooperation stehen nämlich durchaus problematische Tendenzen gegenüber. Auch hier wird von manchen – seien es nun Institute, Konzerne oder einzelne Nationalstaaten – das bestehende rechtliche oder politische Vakuum für die Verfolgung durchaus fragwürdiger Interessen genutzt. Indem man zum Beispiel Forschungsinstitute in andere Länder oder auf andere Kontinente verlagert, sind nationalstaatliche Regelungen leicht zu umgehen. Ethische Probleme werden so zu Standortfragen bzw. durch diese relativiert. Weil in anderen Ländern etwas getan wird, mache es keinen Sinn, es bei uns nicht zu tun. Auch dies ist ein gängiges Argumentationsmuster: Was bei uns moralisch oder rechtlich nicht erlaubt ist, das machen wir eben woanders.

Wer so handelt oder solches Handeln in Kauf nimmt, muß auch an die Verantwortung für die Folgen denken. Wirtschaftsminister Müller hat dies in seiner lapidaren Art kürzlich so ausgedrückt:

„Globalisierung vollzieht sich in Räumen, für die noch keine Strukturen der Kontrolle und Rechenschaft gefunden sind. (. . .) Deshalb müssen sich weltweit tätige Unternehmen der Forderung nach Rechenschaft über ihre Standards auch in anderen Teilen der Welt stellen."

Meine Damen und Herren, das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern ebenso für die Wissenschaft. In ihrem Fall tritt allerdings noch ein weiterer Gesichtspunkt hinzu. Die Entwicklungssprünge in verschiedenen Bereichen sind so atemberaubend, daß sie unser Menschenbild insgesamt verändern. Fachliche Indifferenz, aber auch kurzsichtige Berufung auf die angebliche Wertfreiheit der Forschung dürften in einer entgrenzten Welt endgültig fatale Folgen haben. Die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft ist durch die Globalisierung weiter gewachsen. Diese Verantwortlichkeit muß neu bestimmt werden – und dazu will ich Ihnen eine paar „unordentliche", also unwissenschaftliche Gedanken vortragen.

Bei der Frage nach der öffentlichen Verantwortung von Wissenschaft gehe ich nicht von der durch C. P. Snow eingeführten Aufteilung in die sogenannten „zwei Kulturen" Natur- und Geisteswissenschaften aus, die sich angeblich nicht mehr verständigen können. Diese künstliche Trennung ist – so hat es Wolfgang Frühwald formuliert – ein „gewollter Mythos". Vielmehr hängt auch in der Wissenschaft – wie sagt man immer – alles mit allem zusammen und nicht erst infolge der Globalisierung. Eine Aufteilung nach unterschiedlichen Erkenntnisformen und methodischen Verfahrensweisen ist zur wissenschaftlichen Differenzierung sicherlich sinnvoll. Sie hat jedoch den Blick dafür verstellt, daß es sich im Grunde um zwei – wenn man mit Wolf Lepenies die Sozialwissenschaften als dritte betrachtet, sogar um drei – Ausprägungen einer Wissenschaftskultur handelt. Um diese Einheit der Wissenschaft gerade in ihrer gesellschaftlichen Verant-

wortung geht es. Immerhin hat die für viele bequeme Trennung in Grundlagen- und Anwendungsforschung, aber auch die Unterscheidung in ökonomisch nützliche und unnütze Disziplinen, eine wichtige Funktion der Wissenschaft mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen – nämlich die Aufgabe, Probleme bewußtzumachen, Lösungs- und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und damit Gesellschaft und Politik auch Orientierung zu geben. Es mag sein, daß dies neben der puren Erkenntnisvermehrung theoretisch gar nicht gewollt ist. Aber die Wissenschaft wäre blind, würde sie diese Funktion, diese Erwartung ignorieren.

In den früheren Jahrhunderten waren erst die Theologen und später die Philosophen das, was man heute salopp Gurus nennt. In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts waren es dann die Soziologen und Politologen. Die Gurus der 90er Jahre und des neuen Jahrhunderts sind dagegen (bislang) die Börsenanalysten und die Unternehmensberater. Ich glaube allerdings nicht, daß die Dominanz ökonomischen, betriebswirtschaftlichen Denkens eine wirklich menschenwürdige Gesellschaft begründen kann. Wenn denn den Börsenspekulanten und Betriebswirten allein die Gestaltung der Gesellschaft überlassen würde, wenn in der entgrenzten Welt nur noch Gewinnmaximierung zählte, dann drohte ein Verlust an sozialem Zusammenhalt mit schwerwiegenden gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Folgen. Ich hoffe, es gibt genügend Kraft, mit der wir uns gegen die Reduktion des Menschen auf seine beiden marktgemäßen Rollen, nämlich Arbeitskraft und Konsument zu sein, wehren.

Die Entwicklung der globalisierten Welt jedenfalls darf nicht ausschließlich von Marktgesetzen bestimmt werden. Deshalb stehen gerade Forschung und Wissenschaft in der Verantwortung, das „commune bonum“ (wie Leibniz es genannt hat) wieder verstärkt in den Blick zu nehmen und immer neu zu definieren – wenn wir uns darauf einigen können, daß unter diesem „commune bonum“ die klassischen Werte der bürgerlichen Demokratie zu verstehen sind. Ganz konkret: Ich möchte, daß jede künftige Gesellschaft demokratisch ist, selbstverständlich, daß sie die Würde, die körperliche Unversehrtheit, das Leben jedes einzelnen Menschen schützt, daß sie größtmögliche wie auch gleiche Freiheit gewährleistet, daß sie niemanden diskriminiert und daß es in ihr sozial einigermaßen gerecht zugeht. Für diesen Zustand unserer Gesellschaft, für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie sind nicht nur die Politiker verantwortlich, sondern natürlicherweise alle Bürger. Gerade Wissenschaftler müssen sich auch und wohl wieder stärker als ‚Citoyens‘ verstehen und sich gesellschaftlich engagieren. Dabei kommt allen Wissenschaftsbereichen Verantwortung zu – und sie können ihr nur gemeinsam gerecht werden.

Unter den neuen Bedingungen einer entgrenzten Welt werden, so denke ich, zwei allgemeine Handlungsmaximen von verantworteter ‚Wissenschaft als Beruf‘ immer wichtiger. Damit meine ich,

1. daß in der Wissenschaft über die fachinterne Forschungsarbeit hinaus eine intensivere Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen stattfindet, die unter interdisziplinären – oder richtiger, wie Jürgen Mittelstraß es formuliert hat, „transdisziplinären" – Anknüpfungsperspektiven erfolgt – also nicht als unverbindlicher Meinungsaustausch zwischen den Fächern, sondern als fächerverbindende Zusammenarbeit, und
2. eine verstärkte Beteiligung an den öffentlichen Debatten über gesellschaftlich relevante Probleme durch Vermittlung der Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit und das Einfordern politischen Handelns. Um ein altvertrautes Beispiel zu nehmen: Der Treibhauseffekt belegt, daß Wissenschaftler über Probleme meist früher und besser informiert sind als die notwendigerweise langsamere und interessengebundenere Politik. Die Erfassung von der vermeintlich wertfreien wissenschaftlichen Erkenntnis, die die Durchsetzung notwendigen Handelns anderen überläßt, wird besonders problematisch in einer Welt, die sich in vielen Fällen noch nicht auf international abgestimmtes Handeln einigen kann. Hier kann die Wissenschaft, denke ich, eine gewichtige Funktion übernehmen.

Eine solche, durchaus aufklärerische Ausrichtung der Wissenschaft setzt jedoch voraus, daß neben dem fachinternen, nach Kant dem „privaten", ebenso der „öffentliche Gebrauch der Vernunft" wieder selbstverständlich wird. Was damit gemeint sein könnte, will ich an drei sehr unterschiedlichen Beispielen zu erläutern versuchen:

Das erste Beispiel ist naheliegenderweise die öffentliche Diskussion, die sich derzeit vor allem dem Thema Genforschung und Genmedizin widmet. Die breite Debatte zu diesem Thema ist ein ganz gutes Beispiel dafür, wie ein gesellschaftlich bedeutsames Thema eingehend diskutiert wird. Nicht nur Fachleute, sondern ebenso die sogenannten Laien, die sich – wie zum Beispiel Politiker – um wachsende Sachkunde bemühen, nehmen engagiert Stellung. Vertreter fast aller gesellschaftlichen Gruppen von der Wirtschaft über die Kirche zu den Behindertenverbänden beteiligen sich an der Diskussion – übrigens nicht nur aus ethischen Überzeugungen, sondern auch mit erkennbaren Interessen. Durch die Berichterstattung der Medien ist hier ein, man kann sagen, einigermaßen differenzierter gesellschaftlicher Dialog in Gang gekommen. Das ist ein gutes Zeichen, denn nur eine informierte Gesellschaft kann verantwortlich handeln. Und auf der Basis einer solchen Debatte müssen wir Politiker entscheiden.

Differenzierung ist gerade beim komplexen Thema Gentechnologie unverzichtbar. Schließlich ist der weitaus größte Teil der Gentechnologie der modernen Biologie durchaus unbedenklich und sehr zukunftsträchtig. Es ist deshalb keineswegs per se unmoralisch, an heutige und zukünftige Arbeitsplätze zu denken. Aber es kann bei diesem Thema selbstverständlich nicht allein um wirtschaftliches Wachstum gehen – insbesondere dann nicht, wenn dies mit der Frage nach

der Achtung der Menschenwürde zusammenhängt. Hier prallen Gegensätze aufeinander, die eine ausführliche Diskussion ohne Zeitdruck erfordern. Aber schon werden wir getrennt, wir Politiker. Möglichst gestern hätten wir schon entscheiden sollen, obwohl die Debatte erst richtig losgegangen ist.

In der Bürgergesellschaft dürfen Entscheidungen von solch grundlegender sozialer und ethischer Bedeutung, sage ich dann im scheinbaren Widerspruch zum Bisherigen, nicht einfach an Experten delegiert werden. Um nicht mißverstanden zu werden: Expertengremien und Ethikräte sind sinnvoll und nützlich, um die gesellschaftliche Diskussion zu fördern und um politische bzw. parlamentarische Entscheidungen umfassend vorzubereiten. Politik bedarf der Beratung. Gerade Politiker bedürfen der Beratung. Die Demokratie jedoch braucht, gerade weil sie alle Bürger als im Grundsatz und aus Überzeugung gleich mündig ansieht, mehr als andere Staatsformen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Michael Naumann, der ehemalige Staatsminister für Kultur, hat kürzlich darauf hingewiesen, daß es – eine interessante These – vor allem Expertenwissen so etwas wie „moralische Intuition" gibt, daß jeder – oder doch fast jeder – Mensch zumindest eine Ahnung davon hat, was man nicht tun darf. Es ist wichtig, daß auch diese Dimension alltagspraktischer Vernunft in die Debatte eingeht.

Zwei Anmerkungen zur spezifischen wissenschaftlichen Verantwortung: Bei einem gesellschaftlich so bedeutsamen Problem, das die Frage nach der Würde des Menschen berührt, sollte die Wissenschaft als Ganze in der Diskussion vertreten sein. Im Konzert der Stellungnahmen ist jedoch, wenn ich sie richtig verfolgt habe, – mit Ausnahme der praktischen Philosophie – von den früher so bezeichneten Geisteswissenschaften insgesamt recht wenig zu hören. Dabei hätten gerade sie unter kulturhistorischer Perspektive Wesentliches zur Frage des Menschenbildes beizutragen.

Das glaube ich jedenfalls, vielleicht auch wegen meiner früheren Profession als Kulturwissenschaftler: Die Kulturwissenschaften könnten und sollten zeigen, wie sich unser Konzept von Menschenwürde historisch entwickelt und wie es sich verändert hat durch Wissenschaft, durch Technologie, durch Erkenntnisfortschritt, durch gesellschaftliche Debatte. Die Entwicklungen im Bereich der Gentechnologie sind geeignet, unser Verständnis vom Menschen grundlegend zu verändern. Nicht wenige – das ist ja ein Teil der Debatte und trägt sie mit – befürchten, daß dadurch stillschweigend das Paradigma vom perfekten Menschen in unser Denken und Handeln Einzug hält. Eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der Leben mit Behinderung zum verhinderbaren Leben wird, davor haben viele Angst – zu Recht, wie ich finde. Deshalb ist auch die Wissenschaft als Ganze gefordert, der Gesellschaft Rede und Antwort zu stehen. Hieran haben sich alle Disziplinen zu beteiligen, nicht nur ein paar wenige.

Eine zweite Anmerkung: Albert Einsteins Einsicht, daß alles Denkbare auch machbar ist, ist von Stanislaw Lem zugespitzt worden: das, was gedacht wird, wird irgendwann einmal auch gemacht. Dieser Fatalismus ist, wenn ich die Argumentation richtig verfolge, sehr verbreitet, auch in der gegenwärtigen Debatte. Man fragt: was soll das ganze ethische Reflektieren, ihr könnt doch sowieso nichts aufhalten. Die Wissenschaft, die Wissenschaftler, die machen doch, was sie wollen. Und was Geld bringt, wird sowieso gemacht. Wenn nicht hier, dann anderswo.

Aber kann es der Zweck der Wissenschaft sein, alles Denkbare machbar werden zu lassen? Müssen wir nicht zugleich die Frage reflektieren, ob und warum das Mögliche auch verwirklicht werden soll, ob der wissenschaftliche Fortschritt dem Menschen auch tatsächlich nutzt? Und benötigen wir dazu nicht auch und ganz besonders Wissenschaft? Wissen ohne Weisheit ist jedenfalls eine gefährliche Ware. Wir wissen es.

Ob man das Machbare in jedem Falle tun soll, ob die Folgen der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse für unser Menschsein und für künftige Generationen zu verantworten sind, darum kreist die aktuelle Debatte. Ich gehe von der Auffassung aus, daß menschliches Leben mit der Verschmelzung von Eizelle und Samen beginnt. Aber was folgt daraus? Ich gehe von dieser Bestimmung aus, weil keine andere überzeugende wissenschaftliche Definition, keine überzeugenden Argumente gegen diese Übereinkunft vorgelegt worden sind. Und wenn man sich so festlegt – eine durchaus noch mehrheitlich vertretene Meinung –, dann fragt man, was es heißt, daß ab diesem Zeitpunkt die Würde des Menschen unantastbar sein muß, wie es das Grundgesetz fordert. Darauf muß sich auch die Forschung – deren Freiheit ebenso grundgesetzlich geschützt ist – immer aufs neue verpflichten lassen. Und deshalb sind diejenigen beweispflichtig, die einen späteren Zeitpunkt des Lebensbeginns ansetzen.

Nun hat Hubert Markl, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, vor einer Woche genau zu diesem Thema einen hochinteressanten, sehr lesenswerten und mich jedenfalls zugleich irritierenden Vortrag gehalten. Ich kann hier nicht die zu einem guten Teil brillante Argumentation nachzeichnen; ich will nur auf einen Punkt eingehen. Eine zentrale These von Markl ist: „Jede geborene menschliche Person ist etwas einmalig Neues, das sich aus einer befruchteten menschlichen Eizelle entwickelt hat. Aber deshalb ist diese befruchtete Eizelle noch lange kein Mensch. Jedenfalls nicht als eine naturwissenschaftlich begründete Tatsache."

Und dann heißt es weiter: „Der Begriff ‚Mensch' das ist kein Etikett der Natur, sondern eine selbstbezügliche Redeweise von Menschen, deren Bedeutung nicht die Natur festlegt. Der Begriff ‚Mensch' ist ein kulturbezogener Zuschreibungsbegriff von Menschen und ist keine rein biologische Tatsache."

‚Mensch', so die These von Hubert Markl, Mensch ist ein kulturbezogener Zuschreibungsbegriff und Menschenwürde eine kultursozial begründete Attribution. Aus dem Begriff ‚Menschenwürde', das ist die Pointe von Markls Argumentation, lasse sich deshalb, weil er selbst eben historischer Natur ist, keine absolute, keine endgültig fixierte Grenze für wissenschaftliches Handeln ableiten. Es sei eben kein Rubikon, wie Bundespräsident Rau bildhaft gesagt hat, der nicht überschritten werden dürfe. Vielmehr sind, so Markl, Notwendigkeit und Freiheit der Erkenntnissuche zur Bewältigung der Lebensprobleme unverzichtbarer Teil unserer Menschlichkeit und Menschenwürde. Forschungsfreiheit ist dann Voraussetzung dafür, daß Kultur und Staat zu existieren vermögen.

Was mich an dieser Argumentation irritiert, ist ohne Zweifel die Relativierung von Menschenwürde durch das Forschungsinteresse, durch die guten Absichten der Forscher, für die sich Markl verbürgt. Die Freiheit, gerade auch die Freiheit zur Grenzüberschreitung, sei das wesenhaft Menschliche, von dem her Menschenwürde zu bestimmen sei. Genau dies ist die Frage. Ist daraufhin Menschenwürde, weil sie Zuschreibung ist, weil sie zugeteilt wird, dann auch teilbar? Wie kann man einer solchen Konsequenz dieser Argumentation begegnen? Wer so redet – und das ist das, was mich am meisten irritiert hat an diesem Text –, redet ohne Gedächtnis, ohne Erinnerung – zum Beispiel an die Wissenschaftsgeschichte. Mir jedenfalls fiel bei der Lektüre ein, daß derselbe Professor Markl erst ein paar Wochen zuvor Forschungsberichte entgegengenommen hat zur Verbrechensgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Nazizeit. Ich glaube, nur ohne geschichtliches Gedächtnis kann man den Begriff ‚Mensch', den Begriff ‚Menschenwürde' zu einer relativen, auf Übereinkunft beruhenden Zuschreibung machen, sie gewissermaßen für den aktuellen Forscherdrang paßfähig und gefügig machen.

Ein Wort noch, meine Damen und Herren, zu den viel diskutierten Heilungschancen für bisher unheilbare Krankheiten. Gerade in diesem Punkt werden die wissenschaftlichen Gegensätze immer deutlicher. Und das ist auch gut so. Als hingebungsvoller Zeitungsleser beginne ich zu verstehen, daß es fachlich höchst unterschiedliche Auffassungen über die Entwicklung neuer Heilungsmöglichkeiten gibt, insbesondere über den Zeitraum ihrer Realisierbarkeit. Für mich ist das ein zusätzliches Argument, keine allzu forschen, allzu schnellen Entscheidungen zu treffen. Und die Tatsache, daß in anderen Ländern aus ökonomischen Gründen weniger abwartend verfahren wird, kann ja kein wirklich systematischer Anlaß sein, ihnen auf diesem Weg unbedacht nachzueilen.

Ich komme zu einem zweiten, ganz anderen Beispiel. Die gewachsene gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft zeigt sich ebenso in anderen Bereichen des globalen Wandels, zum Beispiel bei der Frage nach der zukünftigen Entwicklung unserer Demokratie in einer vernetzten Welt. Sie findet unter dem

Stichwort ‚E-Governance' zunehmend Aufmerksamkeit. Die neuen Kommunikationsformen eröffnen vielversprechende Chancen: durch umfassende, in Echtzeit erfolgende Informationsvermittlung kann eine weltweite kritische Öffentlichkeit entstehen. Neue Möglichkeiten der Meinungsbildung tun sich auf, neue Formen der Bürgerbeteiligung entwickeln sich, neue Perspektiven der politischen Partizipation deuten sich an. Gestern nacht, nach dem dritten Teil der Sendung über den Rechtsextremismus in Deutschland, habe ich bis Mitternacht – wie heißt das – gechattet, eine sehr unmittelbare Art von Kommunikation mit jungen Leuten. Ich kann das nicht als einen Vorgang der Entdemokratisierung empfinden, es handelt sich vielmehr um eine intensive politische Kommunikation. Diese Chancen der politischen Partizipation müssen, wie die Frage einer elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen zeigt, in positiver wie in negativer Hinsicht sorgfältig geprüft und kritisch überdacht werden.

Der Deutsche Bundestag wird in einem Modellversuch gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium und Wissenschaftlern der Goethe-Universität Frankfurt erstmals den Prozeß der Entstehung und Verabschiedung eines Gesetzes, von seinem Beginn bis zu seinem Ende, im Internet dokumentieren – natürlich mit der Einladung zur Kommunikation. Von diesem „Feldversuch" erwarten wir wichtige Hinweise zu den Möglichkeiten der Darstellung parlamentarischer Arbeit im Medienzeitalter. Neben mehr Transparenz geht es dabei ebenso um mehr Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen.

Auch in anderen Bereichen gibt es positive Tendenzen. Durch den weltweiten Informationszugang via Internet können die Machthaber in radikal-islamischen Staaten oder in brutalen afrikanischen und asiatischen Militärdiktaturen ihre Bürger immer weniger von ungeschönten Informationen abschirmen. Ich war vor ein paar Monaten im Iran. Dort besuchte ich auch ein Internetcafé. Es ist kurze Zeit später geschlossen worden. Der Zugang zu weltweiten Informationen, die Wirkung solcher globaler Kommunikation ist offensichtlich diktaturfeindlich. Manchmal überlege ich, wie das mit der Sowjetunion und mit dem Kommunismus gegangen wäre unter den gegenwärtigen technischen kommunikativen Bedingungen. Der Kommunismus ist auch an dem Widerspruch zugrunde gegangen, daß er sich einerseits der globalen Kommunikation verweigert hatte, aber sie andererseits um des wissenschaftlich-technischen Fortschritts willen zugleich brauchte.

Nicht nur Staaten müssen sich zum Glück zunehmend umstellen. So können zum Beispiel Chemiekonzerne ihren Restmüll, Ölproduzenten ihre alten Bohrplattformen nicht länger unbemerkt in die Weltmeere versenken, denn die Nachricht von solchen Vorhaben hat inzwischen immer häufiger Folgen. Das Internet eröffnet insofern die Möglichkeit weltweiten Fortschritts für die Ausbreitung der Demokratie, für die Einhaltung der Menschenrechte und die Förderung von

sozialer Gerechtigkeit. Aber leider haben das Internet und die anderen modernen Medien – egal, ob sie miteinander verschmelzen oder nicht – auch negative Momente. Sie können nämlich die demokratische, die bürgerliche Öffentlichkeit auch zerstören. Das wäre eine Zerstörung durch Zerstreuung, die ein einigendes Wertbewußtsein, einen Konsens über die Unterscheidung von falsch und richtig, gut und böse einer orientierungslosen Beliebigkeit preisgeben könnte. Und es wäre beruhigend, wenn es darauf Antworten gäbe aus den Sozialwissenschaften.
Ansonsten könnte nach Ralf Dahrendorff ein „autoritäres Jahrhundert" drohen, das von politischer Fremdbestimmung durch transnational agierende Wirtschafts- und Medienkonzerne geprägt wird. Bestimmt von einer Haltung kritikloser Unterwürfigkeit, bevölkert von „leistungsbewußten Mitläufern", wie Oskar Negt sie genannt hat. Der immense Zuwachs an Informationen aus aller Welt muß nämlich nicht unweigerlich zur Förderung von Wissen und politischer Mündigkeit führen. Im Gegenteil zeigt sich immer häufiger, daß durch ein Übermaß an Information die wirklich wichtigen Nachrichten zugeschüttet werden. Wer über alles informiert ist, ist längst noch nicht in der Lage, sich daraus ein Gesamtbild zu machen oder gar mit dem Wissen Sinnvolles anzufangen.
Es gibt auch in diesem Bereich Probleme, die zeigen, daß die Regelungsmöglichkeiten internationaler Politik mit der globalen Entwicklung noch nicht Schritt halten können. So fürchten nicht wenige Bürgerinnen und Bürger den Verlust regionaler und nationaler kultureller Eigenheiten. Das fängt bereits bei der Sprache an. Die linguistisch gesehen bizarre Debatte um die Anglizismen in der deutschen Sprache hat im Vordringen des Englischen als Sprache der Globalisierung in unserer Alltagswelt eine wesentliche Ursache. Nicht zufällig ist die Angst vor dem Verlust an Vertrautheit ein wichtiger Ansatz für rechtsextremistische Nutzer des Internets. Wie so oft haben sie am schnellsten die neuen Möglichkeiten eines elektronischen Populismus erkannt und ziehen aus dem Fehlen rechtlicher Regelungen ihren propagandistischen Nutzen. Wenn hier nicht internationale Regelungen gefunden werden, erschließt sich rechtsextremistischen Drahtziehern ein gefährliches Einfallstor in unsere Gesellschaft, gerade in die junge, internetbegeisterte Generation. Leider sind die Aussichten auf gemeinsame politische Maßnahmen und Regeln gering, solange zum Beispiel die USA daran kein wirkliches Interesse haben und kein Problem darin sehen, sondern rechtsextremistische Aufrufe als von der Meinungsfreiheit geschützt betrachten.
Im Sinne des „commune bonum" ist es eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe der Wissenschaft, Konzepte zu entwickeln, wie die globale Kommunikation, die neue Medienvielfalt in unserer Lebenswelt zur Stärkung und Fortentwicklung der Demokratie genutzt werden kann. Gerade die Sozialwissenschaften haben die Politik, wie ich finde, rechtzeitig auf das Problem der gesellschaftlichen Kohäsion im Zeitalter der Globalisierung aufmerksam

gemacht – ohne daß die Politik jedoch bisher zu umfassenden Lösungsansätzen genau dazu gekommen wäre. Politologen und Soziologen halten deshalb die Politik ja ohnehin für nur begrenzt beratungsfähig und fühlen sich gelegentlich als bloße Legitimationsinstanz ausgenutzt. Nun ist die Politik wegen der unvermeidlichen Langsamkeit demokratischer, parlamentarischer Prozesse kaum einmal in der Lage, wissenschaftliche Empfehlungen unmittelbar umzusetzen. Zudem muß man als Wissenschaftler in aller Regel auch nicht über politische Mehrheiten oder über Legislaturperioden, gar über die nächsten Wahlen nachdenken. Aber die Wissenschaft braucht sich, darf sich nicht als politisches Feigenblatt instrumentieren lassen. Im Gegenteil, wir brauchen sie in ihrer Kritikfunktion, wenn sie nicht zu einer „Echo-Wissenschaft" (Oskar Negt) werden will.

Politisches Handeln – diese Erfahrung machen gegenwärtig immer mehr Wissenschaftler – kann man auch auf anderen Wegen als durch ‚reine', traditionelle ‚Politikberatung' fördern. Forscher, die in der Politik kein Gehör finden, engagieren sich schon heute in Nicht-Regierungsorganisationen, die in hohem Maße auf fachwissenschaftlichen Sachverstand angewiesen sind. Oder man schlägt über Medien Alarm, um der Politik Beine zu machen. Diese Veränderungsprozesse im wissenschaftlichen Habitus sind ein zivilgesellschaftlicher Fortschritt, meine ich. Zunehmend wird in Wissenschaftskreisen deutlich, daß das Schreiben eines weiteren Fachbuches nicht immer der geeignete Schritt ist, um politisches oder gesellschaftliches Handeln anzustoßen. Es kommt ebenso auf den Transport der Erkenntnisse in die Gesellschaft durch den Forscher selbst an. Das hat nichts mit der fachintern oft verpönten Öffentlichkeitssucht zu tun, sondern mit der Notwendigkeit öffentlichen Vernunftgebrauchs – wenn das Fachwissen nicht folgenlos für das Gemeinwohl bleiben soll. Umgekehrt ist aber natürlich auch die Politik gefordert, sich noch stärker und ernsthafter in den Dialog mit der Wissenschaft zu begeben und ihre Ergebnisse anzunehmen.

Zu meinem dritten Beispiel: Im Unterschied zu den Perspektiven der Biotechnologie und der neuen Medien scheint die Bedeutung von geisteswissenschaftlichen Forschungen gesellschaftlich gering zu sein. Und so werden sie traditionell von vielen eingeschätzt oder fehleingeschätzt: Von den Ökonomen, die an den Ergebnissen fachwissenschaftlicher Untersuchungen etwa zu Literatur, Malerei und Musik keine Gewinnmöglichkeiten erkennen können, von Politikern, die der intellektuellen Sphäre nicht selten mißtrauisch gegenüberstehen, wie von weiten Teilen einer Gesellschaft, für die diese Wissenschaftsbereiche je nach Gusto, Orchideenfächer' oder schlicht ‚l'art pour art' sind.

Besonders bedenklich ist der Anschein, daß viele Geisteswissenschaftler diese Einschätzung verinnerlicht haben und sich ganz in ihre fachwissenschaftliche

Arbeit zurückziehen. Dabei hätten sie spätestens seit der Neuorientierung als Kulturwissenschaften Grund, sich in der entgrenzten Welt wieder stärker mit öffentlich relevanten Themen auseinanderzusetzen. Allerdings dürfen sie sich nicht den gängigen Kosten-Nutzen-Rechnungen, zumindest nicht denen kurzfristiger Art, unterwerfen. Gegenstand der ‚neuen' Kulturwissenschaften ist, wie ich gelesen habe, die Gesamtheit aller menschlichen Arbeits- und Lebensformen. Als ehemaliger Germanist muß ich sagen: Da haben sich meine Kolleginnen und Kollegen ja einen gewaltigen Arbeitsbereich aufgeladen! Neben der sehr sinnvollen Annäherung an die Sozialwissenschaften dürfte diese Gegenstandsbestimmung allerdings auch zu einer Inflationierung des Kulturbegriffs beitragen. Schließlich wird so betrachtet fast alles, von der Entwicklung der Siegerländer Bergwerkskarre bis zum polynesischen Hahnenkampfritual, zum Kulturphänomen – und das ist es ja letztlich auch. Aber es dürfte klar sein, daß nicht alle Kulturelemente gleich bedeutend sind, nicht jeder Untersuchungsgegenstand gleich aussagekräftig sein kann. So differenziert macht die Öffnung Sinn. Schließlich kann uns gerade die Untersuchung der Alltags-, Arbeits- und Minderheitenkulturen viel verraten über soziale Verhältnisse, über gerechte oder ungerechte Lebensverhältnisse, über Integrationsformen und Ausgrenzungsmechanismen, über menschenwürdige und -unwürdige Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens – früher wie heute. Unter kulturhistorischer Perspektive nach- und vorzudenken, wie gesellschaftliches Zusammenleben heute und morgen aussehen könnte, das wäre eine Aufgabe für die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Dazu eine kleine Reminiszenz an meine eigene kulturwissenschaftliche Vergangenheit, die ja durchaus mit der Arbeit dieser Akademie verbunden ist: Ich habe einige Jahre am Konzept, an den Vorarbeiten zu einem „Wörterbuch ästhetischer Grundbegriffe" am Institut für Literaturgeschichte der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR mitgewirkt. Es sollten fünf große dicke Bände werden. Aus der Sicht der *new economy* wäre das ein wissenschaftliches Werk, das die Welt nicht braucht: es verkauft sich nur in kleinen Stückzahlen und ist als Fachbuch nicht unbedingt flott lesbar. Wer außer wenigen Spezialisten will schon nachdenken über den Begriff des Schönen, über Wahrnehmung, über Geschmack, über Kunst, über Avantgarde usw. Trotzdem glaube ich, daß solche Art Nachdenken und Nachforschen sinnvoll und nützlich ist, die Forschung über die Geschichte und die Geschichtlichkeit unseres Denkens, unserer Wahrnehmung, unseres Geschmacks über den erstaunlichen Umstand, daß wir Heutigen zum Beispiel antike Kunstwerke noch immer verstehen, schön finden können, aber daß wir dies vermutlich durchaus anders tun als die alten Griechen. Geschichtliche und kulturelle Verstehensfragen sind in der globalisierten Welt wichtiger denn je, sind gesellschaftlich wie politisch notwendig und nützlich.

Schillers „Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen“ sind zugleich einer der bedeutendsten politischen Texte unserer Geschichte.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Kulturwissenschaften – und damit auch ihre Verantwortung – ist viel größer, als es Odo Marquards „Kompensationsfunktion“ wahrhaben will. Die Kulturwissenschaften sind keine Entspannungswissenschaften, die dem immer schnelleren Fortschreiten der Moderne beschönigend hinterherlaufen. Vielmehr ist es ihre Aufgabe, diesen Fortschritt auch kritisch zu reflektieren, ihn auf seine Menschenverträglichkeit hin zu befragen, Politik und Gesellschaft durch das Wachhalten von geschichtlichem und kulturellem Gedächtnis und das Eröffnen von Fragehorizonten Handlungsorientierungen zu liefern. Kultur, Geschichte, Traditionen geben uns Halt, sie liefern uns ein Bewußtsein der Möglichkeiten ethischen Handelns, eröffnen Chancen, trotz der immer schneller ablaufenden Veränderungen das Bewahrenswerte zu erhalten. In den Beschleunigungsprozessen der Gegenwart sind Räume und Zeiten der Verlangsamung, der Reflexion unverzichtbar. Wir brauchen so etwas wie menschenverträgliche Ungleichzeitigkeit.

Werden jedoch die spezifischen Reflexionsangebote der Kulturwissenschaften wegrationalisiert, dann droht gesellschaftlicher Gedächtnisverlust, gehen historische und ästhetische Verstehenshorizonte sowie ein unersetzlicher Fundus an anthropologischem Wissen verloren. Dabei werden sie gerade in der entgrenzten Welt für die Verständigung zwischen den Kulturen immer wichtiger. Wie wollen wir die in unserer Mitte lebenden Minderheiten verstehen und integrieren, wenn wir uns nicht mehr mit ihren kulturellen Eigenheiten und Prägungen auseinandersetzen können, weil wir deren Geschichte überhaupt nicht mehr kennen? Und wie soll der politisch, aber auch wirtschaftlich dringend notwendige „interkulturelle Dialog“ gelingen, wenn wir uns nicht mehr genügend mit unserer eigenen kulturellen Tradition und Herkunft auseinandersetzen?

In der entgrenzten Welt ist die „Einbeziehung des Anderen“ in dem von Jürgen Habermas beschriebenen Sinne eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben: „Das postmoderne Mißtrauen gegen einen rücksichtslos assimilierenden und gleichschaltenden Universalismus (. . .) bringt im Eifer des Gefechts jene relationale Struktur von Andersheit und Differenz zum Verschwinden, die ein wohlverstandener Universalismus gerade zur Geltung bringt. [„Einbeziehung des Anderen“] heißt (. . .) nicht Einschließen ins Eigene und Abschließen gegens Andere. [Sie] besagt vielmehr, daß die Grenzen der Gemeinschaft für alle offen bleiben – auch und gerade für diejenigen, die füreinander Fremde sind und Fremde bleiben wollen.“

Die Auseinandersetzung mit den Folgen der Globalisierung ist also keineswegs nur eine Aufgabe für die Natur- und Sozial-, sondern ebenso für die Kulturwissenschaften. Insofern kann man gegen Odo Marquards bekannte Formel formu-

lieren: je globaler die globalisierte Welt wird, um so unverzichtbarer sind die Kulturwissenschaften – nicht als gesellschaftliche Kompensationsstube, sondern als kulturhistorisch fundiertes Reflexionszentrum für eine menschengemäße Gestaltung von Gegenwart und Zukunft.
Natürlich, meine Damen und Herren, ist das im weiteren Sinn eine Aufgabe von Wissenschaft insgesamt. Im Zeitalter der Globalisierung ist deshalb die Vernetzung der einzelnen Wissenschaften endgültig unverzichtbar geworden. Nur wenn die Aufteilung in Forschungssegmente mit begrenzter Zuständigkeit und Kompetenz überwunden wird, kann Wissenschaft wieder zu einem gewichtigen Orientierungsfaktor für Gesellschaft und Politik werden. Damit sie diese Funktion erfüllen kann, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Bildung, mehr Forschung, mehr Wissenschaft. Es ist deshalb ein wichtiges Zeichen, daß im Bundeshaushalt 2002 der Etat für Bildung und Wissenschaft auf 16,41 Milliarden DM steigen wird – gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 2,7 %, gegenüber dem Etat der Vorgängerregierung eine Steigerung um 15,5 %. Damit unterstreicht die Bundesregierung den hohen Stellenwert von Forschung und Bildung für unsere Gesellschaft. Da wir hier in Berlin sind, wünsche ich mir, daß jeder neue Senat begreift, daß bei aller Konsolidierungsnotwendigkeit die Landespolitik die Stärken dieser Stadt fördern muß. Und die heißen nun mal Bildung, Wissenschaft und Kultur – und sonst fast nichts. Ich hoffe, es gelingt.

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Unsere Gesellschaft benötigt neben Vermittlungsinstanzen auch Vermittlungsorte, an denen der Dialog gefördert wird. Die Akademien waren in Antike und früher Neuzeit bedeutende Schnittpunkte der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Diese Funktion ist in der jüngeren Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften will sich jedoch – so habe ich es in den „Visionen der Akademie“ von Professor Simon gelesen – wieder verstärkt an der „Artikulation zentraler gesellschaftspolitischer Fragen beteiligen“, eine neuhochdeutsch so bezeichnete „Interface-Funktion“ zwischen den Wissenschaftsbereichen, aber ebenso zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik wahrnehmen. Das ist ein Vorhaben, dem man Erfolg und weite Resonanz wünschen kann.
Die zentrale Herausforderung in der immer stärker entgrenzten Welt bleibt die Rückgewinnung des Politischen. Dies gesellschaftlich bewußtzumachen, ist auch eine Aufgabe für Wissenschaftler. Und solange es international abgestimmte Politik noch nicht in ausreichendem Maße gibt, hat neben der Wirtschaft die Wissenschaft eine besondere Verantwortung dafür, ob sich die Globalisierungstendenzen zu unser aller Nutzen entwickeln oder ob sie vorhandene Probleme,

Ungleichheiten (und damit Spannungen) in der Welt verschärfen werden. Diese Frage ist derzeit noch nicht entschieden – und sie wird vermutlich noch eine Weile unentschieden bleiben. Aber eins scheint mir schon heute sicher: ohne eine Wissenschaft, die ihre gesellschaftliche Verantwortung fächerübergreifend wahrnimmt, werden wir diese Herausforderung nicht bestehen können.

Verleihung der Leibniz-Medaille

Leibnizmedaille an Reimar Lüst verliehen

(Laudatio des Akademiepräsidenten, Dieter Simon)

Meine Damen und Herren,
die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften verleiht in jedem Jahr eine nach ihrem Gründer benannte Medaille, die Leibniz-Medaille, an Personen, die sich in herausragender Weise um die Förderung der Wissenschaft verdient gemacht haben.
In diesem Jahr erhält diese Medaille Professor Dr. Reimar Lüst.
Warum er sie erhält, was die Akademiemitglieder bewogen hat, Reimar Lüst auszuzeichnen, wird protokollgerecht und nach alter Sitte in einem akademischen Lobgesang, der sogenannten *laudatio*, festgehalten.
Diese *laudatio* liegt Ihnen bereits schriftlich vor. Sie findet sich in der kleinen Broschüre „Medaillen und Preise", die am Eingang mitzunehmen Sie Gelegenheit hatten und haben. Sie stammt aus der Feder der dafür zuständigen Referentin Karin Elisabeth Becker und ist dementsprechend perfekt.
Es wäre jetzt meine Aufgabe, diese *laudatio* zu verlesen. Ich verweigere mich dieser Aufgabe. Lesen Sie selbst. Sie werden sehen, es handelt sich um eine makellose Geschichte. Aber da sie schon gedruckt ist, ist ihr Unterhaltungswert natürlich nicht mehr sehr groß.
Ich plaudere lieber ein wenig über Reimar Lüst. Allerdings ohne Anekdoten oder aufregende Stories. Sie brauchen jetzt weder den Atem anzuhalten noch nervös zu werden. Ich werde weder Unpassendes noch Unschickliches aus dem Leben von Lüst berichten. Ich weiß überhaupt nicht, ob es dort Derartiges gibt. Ich vermute schon. Mehr noch: ich hoffe es, denn das Menschsein hat Reimar Lüst immer Freude gemacht.
Sie sehen das, ganz unspektakulär, bereits an der Art, wie er Sie anlächelt, mit Augen, die einen blitzenden Schalk ausstrahlen und auch eine gewisse Listigkeit nicht unterdrücken wollen. Sie können es merken, wenn sie seine Signale von Vorfreude und Kennerschaft beobachten, mit denen er sich einem guten Glas Wein nähert. Sie begreifen es, wenn Sie auf die zarte und feste Geste achten, mit

der er Nina Grunenbergs Arm packt. Wer solcherart mit Lust Mensch ist, dem begegnet, wie kaum überrascht, auch viel Menschliches.
Viel überraschender ist, daß er überhaupt Zeit gefunden hat, Mensch zu sein. Man kann es sich fast nicht vorstellen. Mustern Sie nur eine kleine Auswahl aus seiner riesigen Liste von Auszeichnungen und Ehrungen, unter denen unsere Leibniz-Medaille sich ausnimmt wie ein räudiger Straßenbastard unter hochnäsigen Rassehunden:

1971	Officier de l'Ordre des Palmes Académiques
1973	Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
1980	Großes Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
1981	Bayerischer Verdienstorden
1984	Officier dans l'Ordre National de la Légion d'Honneur
	Bayerischer Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst
	Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
1986	Persönlichkeit des Jahres 1986 für die Wissenschaften
1989	Space Personality of the Year
1990	Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
1991	Der Planetoid 4386 erhält den Namen „Lüst"
1993	Harnack-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft
1994	Adenauer-De Gaulle Preis
1995	Weizmann-Award in the Science and Humanities des Weizmann-Institute, Israel
1997	Offizierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen
1999	Ehrenbürger des US-Bundesstaates Texas
	Ehrenpräsident der Alexander von Humboldt-Stiftung
2001	Euro Chrystal Globe

Nun kann man solche Ehrungen ohne große Anstrengung scheelsüchtig relativieren. Hat man erst *einen* Orden, kommt über kurz oder lang der nächste. Hat man zwei, wird der dritte fast unvermeidlich und so weiter bis ans Ende der Ordensleitern und immer nach dem Motto, daß der Teufel sich überall dort hinsetzt, wo die Dinge schon einen gewissen Umfang erreicht haben. Aber auch der mißgünstigste Kleinredner wird nicht an dem Umstand vorbeikommen, daß man ganz ohne Leistung, und das heißt: ein Minimum an richtiger, entbehrungsreicher Arbeit, solcher Auszeichnungen nicht teilhaftig wird.

Lüst ist Naturwissenschaftler. Das ist allgemein bekannt und nicht erstaunlich, denn wer zwölf Jahre Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und sechs Jahre in Paris Generaldirektor der European Space Agency war, ist prominent und steht nicht im Verdacht, Altphilologie studiert zu haben. Erstaunlicher ist, daß sehr viele, vielleicht sogar die meisten, auch wissen, daß er Physiker ist. Das scheint mit den Bariumwolken zusammenzuhängen.

Eine Szene aus den Beratungen, als die Akademie versuchte, sich klar zu werden, wem sie die Leibniz-Medaille verleihen wolle. Es ging zu, wie es bei solcher Gelegenheit immer zugeht:

Jemand bringt vorsichtig den Kollegen X ins Spiel. Besonnenes Nachdenken: „Ja, schon", „Warum eigentlich nicht?", „Obwohl, wirklich?" Ein anderer erinnert an Y. Überraschung: „Meinen Sie?", „Aber das wäre vielleicht doch nicht so ganz . . .", „Müßte man dann nicht viel eher an Z denken?" Unruhe bis große Unruhe: „Z ist doch kein guter Gedanke", „Also ich weiß wirklich nicht, weshalb sie glauben", „ausgerechnet Z!"

Plötzlich: Wie wäre es mit Reimar Lüst? Lüst? O ja, Lüst! – Und dann hört man als Rechtshistoriker immer wieder Barium und Bariumwolke, Rakete, Ballon, Ionosphäre, Leuchten am Himmel, Magnetfeld, Sahara und nochmals Barium, von dem man zuletzt vor Jahrzehnten im Chemieunterricht gehört hat.

Offenbar haben sich Lüsts Experimente zur Sichtbarmachung des erdmagnetischen Feldes auch den Zeitgenossen außerhalb seiner fachwissenschaftlichen Kollegenschaft tief eingeprägt. Ich vermute, weniger wegen des Magnetfeldes, als wegen der Umstände der Versuche: eine faszinierende Mischung aus geistreichen Einfällen, praktischem Spürsinn, spielerischer Lust am Risiko, theoretischer Hartnäckigkeit, Bereitschaft zum Abenteuer, Mut und nüchternem Kalkül. Eine einzigartige Mischung, die in der Wissenschaft nicht eben häufig anzutreffen ist.

Solche Männer – inzwischen gibt es erfreulicherweise auch solche Frauen – bleiben der Wissenschaft, der sie sich einst verschrieben haben, nicht lange erhalten. Sie werden aus ihren Träumen von Wahrheit, Widerspruch und Weltdistanz gezerrt und müssen den unersättlich nach originellen Verwaltern und tatkräftigen Leitern gierenden wissenschaftlichen Institutionen dienen.

Es beginnt der Abschied von der Wissenschaft. Ein neues Leben mit ganz anderen Notwendigkeiten, Belastungen und Freuden zeigt sich.

Ich lese vor:

1962–64	Wissenschaftlicher Direktor der ESRO, der European Space Research Organisation
1968–70	Vizepräsident der ESRO
1969–72	Vorsitzender des Wissenschaftsrates
1972–84	Präsident der Max-Planck-Gesellschaft
1984–90	Generaldirektor der ESA, der European Space Agency
1989–99	Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung

Dazu noch eine kleine Auswahl der Mitgliedschaften, das heißt der Gremien, in denen Lüst nicht allein gesagt hat, wo die Reise hingeht:

1965–72	Wissenschaftsrat
1972–97	Wissenschaftlicher Beirat der Fritz-Thyssen-Stiftung
1984–96	Vorsitzender des Kuratoriums des Körber-Preises für die Europäische Wissenschaft
seit 1976	Mitglied des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung
seit 1980	Vizepräsident des Stiftungsrates Stiftung Wissenschaft und Politik
seit 1985	Mitglied des Kuratoriums im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
seit 1993	Mitglied des Vorstands der Deutschen Nationalstiftung
seit 1997	Mitglied des Kuratoriums der Universität Erfurt
seit 1999	Mitglied des Kuratoriums International Center for Graduate Studies der Universität Hamburg Chairman of the Board of Governors der International University Bremen

Und schließlich noch ein kleiner unvollständiger Blick in die Wirtschaft:

1983–98	Mitglied des Aufsichtsrates der Bayerischen Vereinsbank, München
1978–87	Mitglied des Aufsichtsrates der Kraftwerk Union AG
1980–89	Mitglied des Aufsichtsrates der Hoechst AG
1989–99	Mitglied des Aufsichtsrates der Krupp GmbH/Hoesch Krupp
seit 1977	Mitglied des Technischen Beirats der Allianz AG
seit 1998	Mitglied des Aufsichtsrates der Daimler Benz Aerospace AG/Daimler Chrysler Aerospace AG, München

Sie sehen: Das ist eine andere Welt als die Welt der Wissenschaft, und was Reimar Lüst in dieser Welt für die Wissenschaft geleistet hat, dafür wird er heute von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet.
Wenn jetzt einer jener kritischen Journalisten, die ja immer alles ganz genau wissen wollen, auf der Frage insistierte, was denn ganz genau das eigentlich ist, was Herr Lüst zu unser aller Wohl und Nutzen gemacht habe, könnte wohl niemand knapp und klar eine bündige und rasche Antwort geben.
Ein Manager managt, soviel ist klar. Er leitet, mit Blick auf die Institution, aber auch mit Blick auf das Ganze. Der Vorsitzende der Radelnden Boten kann sich erlauben, die Abschaffung der Autobusse zu fordern, der Verkehrsminister nicht. Leitung ist gut und notwendig, aber nicht ausreichend. Anregung muß hinzukommen, Wegweisung, Anfeuerung, manchmal muß aber auch gebremst

werden, gelegentlich ist Kritik vonnöten, Tadel und Ermunterung, aber auch Trost.

Viele Eigenschaften, angenehme und weniger angenehme, müssen glücklich zusammenkommen, wenn einer solchen Erfordernissen gerecht werden will. Ein immenses Strukturwissen ist unentbehrlich. Ein gutes Gedächtnis für Gesichter, Ideen und Sachverhalte. Transdisziplinäres Wissen und institutionelle Phantasie. Härte, die an keiner Freundschaft weich wird. Augenmaß für das Mögliche und Spürsinn für das zum Scheitern Verurteilte. Menschenkenntnis, um Menschen zu fischen und Menschen zu führen. Liebe und Nachsicht, Rücksichtslosigkeit und Durchsetzungskraft.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Nehmen Sie an, sie wären der Präsident einer großen Forschungsorganisation, die über zahlreiche wissenschaftliche Institute verfügt. Die Direktoren in diesen Instituten, in der Regel zwei, können Sie als Chef nach Lage der Dinge nur flüchtig kennen. Sie haben einen Eindruck, mehr nicht. In einem der Institute vertragen sich die beiden neu berufenen Direktoren nicht, obwohl sie zunächst nach Alter, Bildung und Verstand gut zusammenzupassen schienen. Sie werfen sich wechselseitig allerlei vor, Falsches und Richtiges, Unsinniges und Verständliches. Der Konflikt wird öffentlich, das Institut gerät in Gefahr, Schlichtung scheint ausgeschlossen: der Chef muß eingreifen. Er analysiert und erkennt: Die Lage ist heillos. Schon das ist eine Leistung, an der die meisten bereits deshalb scheitern würden, weil einfachere, das heißt bequemere und streßfreie Lösungen locken, etwa: die Situation schönreden, totschweigen, aufschieben und andere Formen des Appeasement.

Wenn aber die Konstellation heillos ist, dann muß einer der beiden Streithähne entfernt werden. Aber welcher? Der Chef, dem beide gleich sympathisch oder gleichgültig sind, steht bis zu den Knien in einem Wust von Lügen, Widersprüchen, Zumutungen, Ratschlägen, Warnungen. Was soll er machen?

Er muß sich auf seinen Instinkt verlassen, auf sein Gefühl für Kompetenz, seine Fähigkeit zur Entwirrung des Verworrenen und seine Kraft zum Aufspüren des Richtigen. Dann muß er, ohne zu zaudern, seine schwere Entscheidung fällen, auch wenn es die falsche ist.

Reimar Lüst hat damals die richtige Entscheidung getroffen. Ich muß es wissen, denn ich war einer der beiden Direktoren.

Aber natürlich führt keine Kausallinie von jenen lang vergangenen Ereignissen zu dem heutigen Tag. So funktioniert die Welt der Ehrungen nicht und schon erst recht nicht die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Die bedient sich vielmehr Ihres Präsidenten als eines Werkzeuges, um sich in Anerkennung und Dankbarkeit zu verneigen vor dem ideenreichen Förderer der Forschung, dem engagierten Mahner und Ermunterer, dem unbeirrbaren Verteidiger der Freiheit der Wissenschaft.

Bericht des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Dieter Simon

Rechenschaft

In der vorigen Woche hat Hubert Markl, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, an dieser Stelle seinen jährlichen Rechenschaftsbericht nicht geliefert. Er hat statt dessen eine ebenso glänzende wie persönliche und – wie wir inzwischen lesen konnten – umstrittene, wissenschaftspolitische Rede gehalten. Zur konsensheischenden Einstimmung hat er seinen Vortrag mit einer Karikatur der bei uns üblichen Rechenschaftsberichte eingeleitet, indem er darauf hinwies, daß solche Referate regelmäßig etwa nach folgendem Muster aufgebaut sind:
Im vergangenen Jahr waren wir sehr fleißig. Wir haben dieses und jenes erreicht, wofür wir gern gelobt werden möchten. Was wir nicht erreicht haben, werden wir bald erreichen, jedenfalls dann, wenn wir mehr Geld bekommen. Erreichen wir es nicht, so liegt dies jedenfalls nicht an uns. Aber besser wird es gleichwohl und auf jeden Fall.
Soweit Markls zutreffende Karikatur. Zum Beweis für die Richtigkeit seiner Darstellung hören Sie heute ein Original.

I.

Das Berichtsjahr war jedenfalls in seiner zweiten Hälfte von einem herausragenden Ereignis geprägt. Dieses Ereignis fand in München statt und hat die deutsche Akademienlandschaft zutiefst erschüttert. Auf einem interakademischen Symposion, also einer Versammlung aller deutschen Akademien, sollten diese, vorwiegend durch sich selbst auf Rang und Substanz verhört und kritische Nachfragen aus eigenen und anderen Reihen durch eine kraftvolle Demonstration der Bedeutsamkeit zum Schweigen gebracht werden. Wie schon öfter in der jüngeren Geschichte haben jedoch Münchener Abkommen und Konferenzen nicht das gebracht, was sich die Veranstalter davon versprochen hatten, weil die Folgen nicht bereit waren, sich an den Absichten zu orientieren.
Am Ende wurde nämlich den Akademien von der medialen Öffentlichkeit weithin genau das Attest ausgestellt, dessen Ausfertigung sie unbedingt hatten ver-

hindern wollen. Es wurde ihnen bescheinigt, daß sie unbedeutend, schläfrig und konventionell in einer existentiellen Krise steckten, daß sie dies nicht einmal gemerkt hätten und jetzt, wo es ihnen deutlich und nachdrücklich gesagt werde, es obendrein nicht wahrhaben wollten.
Ein hartes Urteil und – das muß man den Akademien zugestehen – ein schwer verständliches Urteil außerdem.
Akademien sind, wie man weiß, Stätten der Wissenschaft. Demgemäß erwartet man zuvörderst von Ihnen den Nachweis rastloser und tiefgründiger Forschungstätigkeit. Kann es einen begründeten Zweifel geben, daß die Akademien sich in der Forschung redlich und effektiv abrackern? Ich glaube nicht.

II.

Nehmen Sie die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, die gegenwärtig über 126 ordentliche Mitglieder, darunter immerhin bereits acht Frauen, verfügt. Zählt man die 25 entpflichteten, aber nicht entrechteten, emeritierten ordentlichen Mitglieder hinzu, dann haben wir 151 Forscher in unseren Reihen. An ihrer Seite stehen zur Zeit rund 320 Mitarbeiter, von denen 50 Studenten und knapp die Hälfte Wissenschaftler sind. Diese Wissenschaftler arbeiten überwiegend in rund 30 sogenannten Langzeitvorhaben, die verschiedene geisteswissenschaftliche Projekte von höchstem Rang und großem internationalem Ansehen betreiben.
Gleichgültig ob die Herstellung des Altägyptischen Wörterbuchs, die Erforschung, Pflege und Rettung der deutschen Glasmalerei, die Editionen von Leibniz, Kant, Marx/Engels und Nietzsche, die Arbeiten an und über Schleiermacher oder über die in der Oase Turfan gefundenen Texte in Rede stehen: immer wird von origineller und exzellenter Forschung gesprochen werden. Nicht wenig davon ist drittmittelfinanziert – immerhin hat die Akademie rund sechs Millionen DM eingeworben. Die Einzelheiten dieser Unternehmungen sind in dem soeben erschienenen, probehalber rot eingebundenen Jahrbuch der Akademie umfassend und sorgfältig dokumentiert, so daß ich Sie auf dieses Dokument verweisen kann und uns hier damit nicht aufzuhalten brauche. Studieren Sie das Jahrbuch, und Sie werden meinem Urteil zustimmen: das ist beeindruckende Forschung. Das ist nicht nichts!
Gewiß: die Langzeitvorhaben sind ins Gerede gekommen. Ihr ungewisses Ende hat ihnen den völlig unverdienten Ruf eingebracht, daß Ergebnisse erst nach Jahrzehnten zu erwarten seien, vielleicht dann, wenn sich die Forschungsfrage oder die Methode ihrer Bearbeitung schon erledigt hat. Das kommt vor – aber kaum öfter als in den Naturwissenschaften. Im Regelfall hat das Ende nichts mit der Ernte zu tun. Geerntet wird auch schon früher und häufig über die ganze

Laufzeit des Vorhabens hinweg. Ende heißt lediglich, daß jetzt nichts mehr geerntet werden wird.
Die Organisation der Vorhaben läßt sich vermutlich optimieren. Wir sind dabei, dies im Rahmen unserer Verfassungsreform zu prüfen und haben deshalb einen klassenübergreifenden „Ausschuß Akademievorhaben“ einberufen, der einerseits die geisteswissenschaftliche Klasse von der Bürde der Verwaltung entlasten und die gesamtakademische Verantwortlichkeit stärken wird und der andererseits durch die naturwissenschaftlichen Mitglieder das wechselseitige Interesse und Verständnis für die disziplinspezifischen Fragen und Methoden schärft.
Es gibt, so scheint es, nichts auszusetzen.
Allerdings, so könnte man einwenden, handelt es sich durchgehend um geisteswissenschaftliche Unternehmungen. Keine strahlende Naturwissenschaft, keine lebensspendenden, lebensverändernden, lebensbedrohenden Biowissenschaften, sondern bloß ein bißchen Geist und ein bißchen Kultur. Das über die philologisch-historische Forschung hinaus Wesentliche fehlt. Doch das wäre kein gutes Argument. Denn daß keine naturwissenschaftliche Forschung erfolgt, vernünftigerweise auch nicht erfolgen sollte, weil es genug davon gibt in der Bundesrepublik und weder dramatische, durch die Akademien ausfüllbare Lücken bestehen, noch Konkurrenz zur Großforschung oder zur Max-Planck-Gesellschaft sinnvoll wäre – all dies heißt doch nicht, daß die Naturwissenschaften bei uns nicht vorkommen.

III.

Naturwissenschaften kommen genau in dem Umfang vor, in dem sie in einer nicht über selbständige Institute und große Forschungsanlagen verfügenden Akademie sinnvoll und fruchtbar vorkommen können: als Reflexionsgegenstand und als Reflexionshilfe, als einheitswissenschaftliche Mahnung, als Anschub für Modernisierung, als theoretische Herausforderung und als Rezeptoren kulturwissenschaftlicher Fragestellungen.
Vehikel für diese Aufgaben sind die interdisziplinären Arbeitsgruppen, von denen zur Zeit acht arbeiten, die meisten mit ausgesprochenem Bezug auf gesellschaftliche Probleme, wie man bereits den Arbeitstiteln ansieht: „Gentechnologiebericht“, „Gesundheitsstandards“, „Gemeinwohl und Gemeinsinn“, „Die Sprache des Rechts“ usw.
Interdisziplinäre Arbeitsgruppen und andere fachübergreifende Initiativen bieten der Akademie Möglichkeit und Gelegenheit, auf aktuelle Themen und Probleme zu reagieren. Die Initiative Telota ist ein solches Unternehmen, bei dem es nicht nur um die digitale Modernisierung im Publikationsbereich und eine digitale Bibliothek geht, sondern um die umfassende Nutzung informationstechnischer

Mittel zu einer effizient verteilten Kooperation und Kommunikation innerhalb der Akademie, die tief in die Arbeitsabläufe und Forschungsorganisation der Institution eingreifen wird. Die Initiative zur Schaffung eines digitalen Wörterbuches der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts hat sich zu einem mächtigen Unternehmen ausgewachsen. Unter tatkräftiger Mitwirkung der Wiener und der Berner Akademien der Wissenschaften entsteht ein auf 600 Millionen Wörter kalkulierter Thesaurus, aus dem die Nutzer dieses Reichtums in absehbarer Zeit eine Vielzahl von Wörterbüchern werden ableiten können.
Um die kritische Selbstevaluation zu fördern, haben wir ein Berichterstattersystem eingeführt, das die Akademiemitglieder in die ungewohnte Situation zwingt, vor dem Konvent die geplante Arbeitsgruppe zu erläutern und zu rechtfertigen und sich einer am wissenschaftspolitischen Akademieinteresse ausgerichteten Präferenzliste unterzuordnen.
Auch hier scheint es also wenig Grund zu Beanstandungen zu geben.
Aber es könnte natürlich sein, daß die vorhandene Kritik eine Folge fehlgeschlagener Vermittlung und mangelnder Information ist. Wenn Wahlen verloren gehen, entfährt den Mündern der betreten blickenden Verlierer in der Regel der Spruch, daß es leider nicht gelungen sei, dem Wähler die Ziele der unterlegenen Partei zu erklären. Das ist ein schöner Trost, zumal er offen läßt, ob die Aufklärung des Wählers deshalb mißlungen ist, weil dieser zu einfältig war oder weil die Erklärung der Verständlichkeit entbehrte.

IV.

Prüfen wir selbstkritisch, ob wir uns dem Steuerzahler hinreichend bekannt gemacht haben, dann stoßen wir auf das, was man schon lange angelsächsisch *Public Relations* nennt, nämlich das mündliche und schriftliche Bemühen der Akademie, die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, Rechenschaft abzulegen von ihrer Tätigkeit, das große und kleine Publikum zu belehren und zu erfreuen.
Wir haben schon vor Jahren die Akademievorlesungen eingerichtet, in denen vier- bis fünfmal im Semester prominente Akademiemitglieder zu einem wissenschaftlich interessierten Publikum über ihre Forschungen sprechen, wobei wir uns teilweise gezielt an den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerufenen Jahresdisziplinen – 2000 die Physik, 2001 die Lebenswissenschaften, 2002 die Geowissenschaften – orientieren beziehungsweise orientieren werden.
Wir haben, zusammen mit dem Wissenschaftskolleg, die Ernst-Mayr-Lecture gestiftet und werden demnächst mit dem Aspen-Institut eine *Lecture for the outstanding woman of science* gründen. Für unsere Freunde und Förderer veran-

stalten wir die (sich zunehmender Beliebtheit erfreuende) Akademische Causerie. Wenn es der Terminkalender und das verwöhnte Berliner Publikum gestatten, treten wir mit besonderen Vorlesungen, Kolloquien (wie etwa zur Akademiegeschichte) oder Symposien (wie etwa „Antike und Gegenwart", zusammen mit der Akademie der Künste) vor die Öffentlichkeit.
Wir beteiligen uns an Ausstellungen, wie dem „Theatrum Naturae et Artis" und wir liefern hörens-, lesens- und sehenswerte Beiträge zum Preußenjahr ab.
Was die Publikationsliste, die immer noch nicht abgesetzte geheime Regentin der alteuropäischen Kulturwissenschaften, angeht, können wir mit beliebigen Einrichtungen der Wissenschaften mithalten.
Wir haben das „Jahrbuch" als Rechenschaftsinstrument für die äußere und das „Circular" als Nachrichtenblatt für die innere Welt. Die „Gegenworte" als frisches, fröhliches und aggressives Halbjahresheft für die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Gegenstand, der uns alle zusammenhält: der Wissenschaft. Durch die „Berichte und Abhandlungen" werden regelmäßig Vorträge, Studien und Tagungsberichte dem Publikum übergeben. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter schließlich haben im vergangenen Jahr nicht weniger als 37 Monographien und 149 Aufsätze vorgelegt.
Was könnte uns hier als „Krise" in Rechnung gestellt werden – allenfalls vielleicht die Gefährdung des Weltbaumbestandes?
Obwohl wir den *Public Understanding of Science and Humanities*-Bemühungen der großen Wissenschaftsorganisationen wegen der marktförmigen und marktschreierischen Aspekte dieser Initiative mit einer gewissen Reserve begegnen, beteiligen wir uns brav mit einem Lesemarathon aus eigenen Werken am Wissenschaftssommer 2001 und an der langen Nacht der Wissenschaft.
Was also, zum Teufel, machen wir falsch?
Vielleicht sind wir einfach zu alt für den Erfolg? Sitzen als feiste Gerontokraten in unseren neuen Stühlen, warten auf unsere an den Stuhlrücken zu befestigenden Namensschilder, die im Herbst eintreffen werden, und befassen uns viel zu viel mit uns selbst und zu wenig mit dem Nachwuchs?

V.

Die meisten unserer Mitglieder sind aktive Hochschullehrer und schon deshalb in Lehre und Forschung intensiv um den Nachwuchs bemüht. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie haben im vergangenen Jahr 127 Vorträge gehalten und mehr als 1.000 Stunden Vorlesungen und Seminare an den Berliner und Brandenburger Universitäten absolviert.
Die Akademie vergibt inzwischen sechs für den Nachwuchs bestimmte Preise mit Dotierungen zwischen 10.000 und 40.000 DM und seit diesem Jahr erstmals

ein Akademiestipendium in Höhe von 60.000 DM für ein Jahr. Das Stipendium soll einem Nachwuchsmenschen einen Studien- und Forschungsaufenthalt im Ausland ermöglichen und dadurch seine Selbständigkeit fördern und seine frühe Integration in die internationale Wissenschaftlergemeinschaft unterstützen.
Thüringer Schüler haben die Akademie visitiert, und die Akademie wird ihrerseits im Juli eine Woche lang Schule in Brandenburg machen. Sie wird dies in den nächsten Jahren um so lieber zur Routine werden lassen, als der Zuspruch der Schüler nichts zu wünschen übrig läßt. Die Mitglieder und Mitarbeiter der Akademie haben den Schulen Brandenburgs 61 Unterrichtsangebote unterbreitet und daraufhin mehr als 500 „Bestellungen" erhalten, die in einer einzigen Woche sicher nicht „ausgeführt" werden können.
Daß wir nicht ständig und überall zu wissen vorgeben, was für die Jungen gut und bekömmlich ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß auf unsere Initiative die autonome Junge Akademie ins Leben gerufen wurde. Da sie, wie die BBAW, ihre Mitglieder aus allen deutschen Stämmen rekrutiert, aber, anders als diese, als allein existierende Gesellschaft einen Anspruch auf Gesamtvertretung der jungen deutschen Wissenschaft geltend machen könnte, handelt es sich im Kern um die erste Nationale Akademie der Bundesrepublik.
Das ist freilich ein Wort, bei dem manchem vor Schreck das föderale Herz schnell in die landsmannschaftliche Hose zu rutschen droht und die braunen Schatten der deutschen Vergangenheit schwer auf die schuldbeladene Seele fallen. Hier könnte etwas Gelassenheit hilfreich sein. National heißt vorderhand nur „gesamtdeutsch" und nicht „bundesstaatlich". Schließlich ist auch die Max-Planck-Gesellschaft eine nationale Organisation und deshalb doch kein Verein des Bundes, auch wenn der Bund kräftig mithilft. Und die Schuldbürger sollten lieber ihre Trauerarbeit positiv auf die Zukunft richten, statt sich wehklagend in der Vergangenheit zu wälzen, für die sie fast ausnahmslos nicht einmal verantwortlich sind.
Was die Junge Akademie will, hat sie sich schnell entworfen – was sie kann, muß sie heute abend zeigen, wenn sie den ersten Rechenschaftsbericht seit ihrer Gründung vorzulegen hat, so daß offenbar wird, ob die Vorschußlorbeeren ruhmlos verwelkt sind. Die nationale, aber überraschend auch die internationale Aufmerksamkeit sind ihr jedenfalls gewiß.
Auch hier fällt die Musterung zu unseren Gunsten aus, so daß uns allmählich der Verdacht beschleichen muß, es könnte sich die in München ausgerufene Krise der Akademien als ein völlig aus der Luft gegriffenes Phantasieprodukt erweisen.
Aber – eine neue Frage – vielleicht haben wir uns, selbstbewußt und selbstvergessen, zu lange auf die heimatlichen Gefilde konzentriert, zu wenig um die internationale Wissenschaftsszene gekümmert und der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft in West und Ost nicht die gehörige Aufmerksamkeit geschenkt?

VI.

In der Sache liefe das auf eine Kritik am Vizepräsidenten Helmut Schwarz hinaus, der der verantwortliche Außenminister der Akademie ist, und auf einen Tadel an unseren Mitgliedern, die den Vizepräsidenten wegen seiner, wie sie es wahrnahmen, großartigen Arbeit gestern für eine zweite Amtszeit wiedergewählt haben.

In unserem Berichtsjahr konnten – verbunden jeweils mit konkreten Arbeitsvorhaben, um die Produktion symbolischer Umarmungen und nutzloser Papiere zu vermeiden – sozusagen „Wirkliche Zusammenarbeitsverträge" mit der ungarischen Akademie in Budapest, mit der indischen Akademie in Neu-Delhi und mit der *American Academy of Arts and Sciences* geschlossen werden. Wodurch die Zahl unserer Kooperationsprojekte mit dem Ausland auf sieben angestiegen ist. Über entsprechende Abkommen mit Moskau und Warschau wird konkret verhandelt, mit Paris, Stockholm und der *Royal Society* immerhin gesprochen.

Die von der Akademie ins Leben gerufene Balkaninitiative der Berliner und Brandenburger Wissenschaft hat segensreich gewirkt und mit ihrer Soforthilfe von immerhin 15 Tonnen technischen Spendengütern gezeigt, daß ein Aufruf an Wissenschaftler zur Solidarität mit anderen Wissenschaftlern kein hoffnungsloses Unterfangen sein muß. Vielversprechend hat in Berlin auch die mit Hilfe der Akademie der Künste bewerkstelligte Überleitung der Balkaninitiative in die Einrichtung einer Serie von Rundtischen begonnen. Das auf zwei Jahre angelegte Unternehmen bezweckt, in verschiedenen südosteuropäischen Städten wieder einzuüben, was den Menschen durch Haß und Krieg verlorengegangen ist: der friedliche Disput und das konstruktive Gespräch miteinander.

Nach Lage der Dinge ist allerdings diese auswärtige kulturpolitische Tätigkeit im Landesinneren nicht sonderlich publik. Außerdem geht es, nimmt man alles in allem, nur wieder um die Produktion von Wissenschaft. Was fehlt und auf diese Weise nicht kompensiert werden kann, ist die unmittelbare wissenschaftliche Einwirkung auf den heimischen politischen Raum, die sogenannte Politikberatung.

Daß unser politisches System wissenschaftlichen Beratungsbedarf hat, ist keine neue Erscheinung. Parlament und Regierung haben schon bald nach 1950 begonnen, wissenschaftliche Dienste zu engagieren, wissenschaftliche Assistenten einzustellen, Enquête-Kommissionen zu installieren und wissenschaftliche Institute mit Aufträgen zu beschäftigen oder sogar neu zu gründen. Daß dieser Beratungsbedarf inzwischen gestiegen ist und mit jedem weiteren Schritt hin zur Wissensgesellschaft weiter steigt, kann als sicher gelten. Da eine die gesamte Wissenschaft umfassende und die deutsche Wissenschaft in ihrer Gesamtheit repräsentierende Organisation nicht existiert, wird immer wieder die Forderung

erhoben, die Akademien sollten diese Aufgabe wahrnehmen, und ihre diesbezügliche Indolenz wird ihnen als Flucht aus der Welt der Fakten in die Welt der Handschriften und Wörterbücher, Rückzug in die kommode Sterilität der Bibliographien und Register ausgelegt.

VII.

Das ist ein Tadel, der zurückgewiesen werden muß. Eine Akademie ist als solche nicht geeignet, wissenschaftliche Politikberatung zu betreiben. Selbst wenn sie alle Mitglieder der *scientific community* unseres Landes in ihren Reihen hätte, würde sie damit nicht zur Verwalterin des wissenschaftlichen Wissens des Landes aufsteigen. Die Wissenschaft verfügt nicht mehr über die Sicherheit vergangener Zeiten, um mit einem Munde sprechen zu können. Das Expertentum ist diversifiziert, gespalten und widersprüchlich. Das politische System kann nicht anrufen und sich wissenschaftliche Ratschläge für sachgemäßes Handeln abrufen.

Es muß und wird handeln, wie es schon jetzt und seit längerem handelt, das heißt wer Beratungsbedarf hat, wird sich seine Berater aussuchen und seinen Beraterstab nach Bedarf zusammensetzen. Darunter werden auch Akademiemitglieder sein – aber schwerlich wird ein Ausschuß der Akademie den Stab bilden können. Die Beratung des Hamburger Senats bei der Planung einer Akademiegründung (auch) durch Mitglieder der BBAW ist dafür ein Beleg. Und jüngstes spektakuläres Beispiel für einen solchen Vorgang ist der vom Bundeskanzler berufene Nationale Ethikrat – daß er bei der BBAW angesiedelt ist, macht diese zum Hausherrn und verschafft ihr symbolisches politisches Kapital, aber verwandelt den Ethikrat nicht in einen Akademierat. De facto bleibt der Akademie die Aussicht auf ein schönes Messingschild, auf dem für spätere Generationen zu lesen stehen wird: „Hier wohnte in den Jahren 2001 bis 2011 (oder wann auch immer das sein wird!) der Nationale Ethikrat“.

Diese Analyse schließt nicht aus, daß eine Akademie auf eigene Faust politische oder wissenschaftspolitische Erklärungen abgibt, wenn eine ihrer Initiativen oder Arbeitsgruppen Ergebnisse erarbeitet, die sich für solche Manifeste eignen oder danach verlangen. Allerdings sind solche Verlautbarungen gefährliche Klippen für den innerakademischen Frieden. Wer jemals eine Deklaration unterzeichnet hat, weiß: Man ist nie völlig mit dem Inhalt einverstanden. Immer gibt es Formulierungen, die man nie gewählt hätte, die aber schluckt, wer sich für das Zustandekommen der Verlautbarung engagiert. Am Ende sind stets ein Sprung über den eigenen Schatten und eine gute Portion Zivilcourage nötig.

Um einen rationalen Weg durch diese Komplexität zu bahnen, hat die BBAW ein Verfahren entwickelt, um sich als Korporation die Stellungnahme ihrer Ar-

beitsgruppen systematisch aneignen zu können, ein kompliziertes, aber sinnreiches Verfahren der „Verunsrigung“, welches wir *Nostrifizierung* nennen und erstmalig erprobt haben. Es liegt unserer Akademiestellungnahme zum reproduktiven Klonen von Menschen zugrunde, die wir am 5. Juli in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellen werden.
Darüber hinaus wird eine Akademie als solche umfängliche und belastbare wissenschaftliche Expertisen für Bund und Länder aber weder erzeugen noch bereitstellen können. Sie könnte sich allenfalls die Mühe machen, die Beschaffung von Expertisen auf nationaler und internationaler Basis zu organisieren. Erfolgversprechend wäre ein solcher Kraftaufwand allerdings nur, wenn ein staatlicher Auftrag erteilt würde, ein Auftrag, wie ihn die Leopoldina vor einigen Jahren erhalten und ausgeschlagen und nicht wieder bekommen hat – was ihr aber offenbar nicht ganz klar ist.

VIII.

Ich komme zum Schluß. Alle hier gemusterten Vorwürfe gegen die deutschen Akademien sind offenbar entweder unbegründet oder unhaltbar. München entpuppt sich als mediales Spiegelgefecht gegen einen nicht vorhandenen Gegner. Eine merkwürdige Geschichte. Wie kann man sich die erklären?
Zwei Hypothesen, eine schwache und eine starke, bieten sich an.
Die schwache zuerst: Die Kritik, so könnte man annehmen, war anders gemeint, als sie gewöhnlich aufgefaßt und wiedergegeben wird. Es wurde nicht wirklich kritisiert, was die Akademien tatsächlich machen, sondern in Wirklichkeit wurde beanstandet, daß sie etwas nicht machen, was sie machen sollten und schon längst gemacht haben würden, wenn sie pfiffiger wären, als sie es sind.
Für diese Deutung spricht, daß es tatsächlich eine Aufgabe in der deutschen Wissenschaftslandschaft gibt, deren Erfüllung dringlich ist und zu deren Wahrnehmung die Akademien wohl eher berufen sein könnten als andere wissenschaftliche Einrichtungen.
Was uns nämlich fehlt, ist ein nationaler Ort systematischer Wissenschaftsbeobachtung, eine Stelle, die sich für die innere Hygiene bei der Erzeugung und Verbreitung des Wissens ebenso zuständig fühlt, wie für die äußere Vertretung der deutschen Wissenschaft auf europäischer Ebene und im internationalen Verbund, die sich der Koordination der divergierenden Wissensströme annimmt, die die Kritik bündelt, Anregungen zu deren produktiver Nutzung gibt und die Vermittlung der Wissenschaft in die mediale und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit moderiert.
Die Allianz der großen Wissenschaftsorganisationen ist diese Stelle nicht, die Hochschulrektorenkonferenz hat andere Sorgen, die Union der Akademien

möchte, ohne zu können, die Deutsche Forschungsgemeinschaft könnte, ohne zu mögen, die Max-Planck-Gesellschaft hat mehr als genug eigene Aufgaben und die übrigen Säulen unserer Wissenschaftsszene auch.
Also: die Stelle existiert nicht, wird aber gebraucht, so daß sie gegründet werden muß. Wo? In der Hauptstadt natürlich. Von wem? Von denen, die es können – von wem denn sonst? Wer ist das? Das lassen wir dahingestellt – viele sind berufen . . . Wie soll die Gründung vonstatten gehen? Mancherlei Pfade führen durch Bund und Länder nach Berlin. Die Technikwissenschaftler sind bereits auf einem guten Weg. Aber es gibt auch andere Routen, oder, um mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber zu sprechen, „die Hauptstadt ist eine besondere Anstrengung wert".
Wer hier schon Kopfweh bekommt, kann sich beruhigt zurücklehnen: Es handelt sich um Phantomschmerzen.
Die zweite Hypothese hat stärkere Prämissen: Man könnte annehmen, daß die Kritik an den Akademien nicht falsch aufgefaßt wurde, sondern falsch *ist* – und zwar, weil sie formuliert wurde ohne hinreichendes Studium des kritisierten Sujets.
Der darin liegende antikritische Vorwurf läßt sich allerdings abmildern: Vielleicht haben die Kritiker den Gegenstandsbereich absichtlich eingeschränkt? Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, als solche in München bekanntlich nicht unter den Selbstverteidigern aufzufinden, war als Hauptstadtakademie vielleicht vorsätzlich nicht in die Betrachtung einbezogen worden?
Das würde uns gefallen und schmeicheln, denn wir sind ja, wie Sie gesehen haben und wie allgemein bekannt, etwas anders als die anderen. Manches war immer schon anders, wie unsere komplizierte, große Geschichte oder unsere translokale Zusammensetzung. Inzwischen haben wir außerdem in langen und sorgfältigen Diskussionen unsere Verfassung neu konzipiert. Wir sind dabei, uns am eigenen Schopf aus dem Urschlamm der Gelehrtengesellschaft zu ziehen, und ohne diese aufzugeben oder zu diffamieren, betreiben wir unsere umfassende Professionalisierung. Die Unterzeichnung der geänderten Fassung des Staatsvertrags, der uns durch eine liberale Reformklausel die Wege in eine kraftvolle, zukunftsgerichtete Organisation ebnen wird, steht unmittelbar bevor. An der in Aussicht gestellten Reibungslosigkeit des anschließenden parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens zu zweifeln, haben wir keinen Anlaß.
Also, und das ist das für uns Attraktive an dieser ebenso starken wie unwahrscheinlichen Hypothese: wir waren überhaupt nicht gemeint. Das wäre dann zwar etwas unschön für die anderen Akademien, sollte sie aber selbst in diesem abwegigsten aller hypothetischen Fälle gleichwohl nicht grämen. Schließlich lieben jedenfalls wir, die wir ohne Tadel sind, Sie alle, sind mit Ihnen solidarisch und sehen Sie herzlich gern. Auch am Leibniztag und erst recht beim Feiern – das heißt: in wenigen Minuten im neuen Plenarsaal des Akademiegebäudes.

Die Künstler der Festveranstaltung

Jazz und Prosa

Hermann Beil las aus dem
‚Stimmenimitator?'
von Thomas Bernhard.
Es spielte die Metropolitan Jazz Band,
Leitung Rolf v. Nordenskjöld

Hermann Beil,
geboren in Wien, Studium in Mainz, ist seit 1965 am Theater als Dramaturg tätig: in Frankfurt am Main, Basel, Stuttgart, Bochum; 13 Jahre wirkte er am Burgtheater.
Er ist Gastprofessor an der Hochschule für angewandte Kunst. Von 1992 bis 2000 arbeitete er mit bei den Salzburger Festspielen. Seit 1999 ist er Künstlerischer Mitarbeiter am Berliner Ensemble; gelegentlich auch Schauspieler und Regisseur.
Er schrieb das Buch „Theaternarren leben länger", erschienen im Verlag Paul Zsolnay, Wien 2000. Er ist Mitherausgeber der „Weltkomödie Österreich".
Hermann Beil arbeitete an zwölf Thomas Bernhard-Uraufführungen mit, schuf für Peter Fitz eine szenische Version von Bernhards Roman „Beton" und spielte zusammen mit Peymann für das deutsche Fernsehen in Thomas Bernhards Dramolett „Claus Peymann und Hermann Beil auf der Sulzwiese". Hermann Beil erhielt zusammen mit Peymann 1995 den *Berliner Theaterpreis*. 1996 wurde ihm der *Deutsche Kritikerpreis* verliehen.
Er ist Mitglied der Akademie der Künste, Berlin.

Metropolitan Jazz Band Berlin

Rolf v. Nordenskjöld
– Klarinette/Saxophon/Flöte –

Eddie Hayes
– Trompete –

Ralf Zickerick
– Posaune –

Frank Möbus
– Gitarre, Banjo –

Martin Lillich
– Baß –

Stephan Grenze
– Schlagzeug –

Rolf v. Nordenskjöld
(geb. 1957) studierte in Berlin Saxophon und Flöte. Seit den achtziger Jahren ist er freiberuflich tätig und spielt in verschiedenen Berliner Jazzformationen.
Mit dem Trio „Inner Pipes“ produzierte er 1992 eine CD, es folgten 1993 die CD „Niemandsland“ mit seinem Quartett „Four in a Row“ und 1996 die CD „Out of the Past“ mit dem Rolf v. Nordenskjöld Orchestra, mit dem er zu den Preisträgern beim Hennessy/Blue Note Jazz Search 1996 gehörte. Seit 1996 ist Rolf v. Nordenskjöld als Gast an zahlreichen Konzerten und CD-Produktionen der Rias Big Band beteiligt. Er unterrichtet außerdem an den Hochschulen für Musik „Hanns Eisler“ in Berlin und „Felix Mendelsohn Bartholdy“ in Leipzig.